

Wahlprüfsteine 2026

1.) Werden Annahmestellen in Landesprogrammen zur Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum als förderfähige Infrastruktur berücksichtigt?

Für die SPD Mecklenburg-Vorpommern gehören wohnortnahe Versorgungsangebote im ländlichen Raum zur Daseinsvorsorge. Auch in den nächsten fünf Jahren halten wir an dem langfristigen Ziel fest, dass es in erreichbarer Nähe jeder Gemeinde einen Dorfladen für die Güter des täglichen Bedarfs geben soll. Zentrales Instrument dafür bleibt das Landesprogramm „Neue Dorfmitte“, das zielgerichtet weiterentwickelt werden soll, unter anderem durch die Förderung von Dorfläden in Kombination mit weiteren sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen an geeigneten Standorten.

Damit sollen in den ländlichen Orten lebendige Dorfmitten entstehen, wo Versorgung, soziales Miteinander und Austausch stattfinden können. Klassische Annahmestellen mit Lotto-, Presse-, Tabak- und Paketangebot sind in vielen Orten häufig die letzte verbliebene Anlaufstelle im Ort und damit relevant für die Nahversorgung. Wir werden daher prüfen, wie solche Betriebe im Rahmen der Weiterentwicklung der „Neuen Dorfmitte“ und verwandter Förderprogramme stärker berücksichtigt werden können.

Bei den EU-Fördermitteln (ELER, EFRE, ESF, EMFAF) setzt sich die SPD Mecklenburg-Vorpommern für eine gerechte Mittelzuwendung an strukturschwächere Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern ein und will erfolgreiche Programme fortsetzen, ausreichend budgetieren und die Kofinanzierung sichern. Das inzwischen abgeschlossene ELER-Förderprogramm für kleinstädtisch geprägte Gemeinden hat seit 2017: 67 Projekte in 41 Kleinstädten im Land ermöglicht. Mit Blick auf den ab 2028 geltenden mehrjährigen Finanzrahmen der EU setzen wir uns dafür ein, dass ausreichend Mittel für die regionale Förderung zur Verfügung stehen, Mecklenburg-Vorpommern seinen Status als Übergangsregion behält und die Entscheidungskompetenz über die zentralen Förderfonds bei Landesregierung und Kommunen bleibt.

2.) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat für die geforderte Folgenabschätzung ausspricht?

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Lenkungswirkung der Tabaksteuer. Gesetzliche Änderungen auf Bundesebene sollten dabei mit Augenmaß erfolgen und mögliche Folgewirkungen berücksichtigen.

Ob und in welcher Form sich Mecklenburg-Vorpommern über den Bundesrat mit einer Stellungnahme oder EntschlieÙung einbringt, ist im laufenden Verfahren zu entscheiden. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird prüfen, inwieweit die vom BLD benannten Aspekte, flächendeckende Nahversorgung, Jugendschutz und die Verlagerung von Umsätzen in den illegalen Handel, in einer solchen Positionierung des Landes berücksichtigt werden sollten.

3.) Wie will Ihre Partei den Vollzug gegen illegale Glücksspiel- und Warenangebote stärken und den kontrollierten legalen Vertrieb im Land sichern?

Illegale Glücksspiel- und Warenangebote unterlaufen den Jugend- und Spielerschutz und setzen regelkonforme Anbieter einem unfairen Wettbewerb aus. Wir wollen deshalb, dass bestehende Regeln konsequent durchgesetzt werden. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ordnungsbehörden, Polizei, Zoll und der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder. Angesichts der Entwicklung beim illegalen Glücksspiel wollen wir zudem prüfen, ob die zuständigen Vollzugsbehörden personell und organisatorisch ausreichend aufgestellt sind.

Den kontrollierten stationären Vertrieb über konzessionierte Annahmestellen sehen wir als wichtigen Bestandteil eines regulierten Glücksspielangebots. Dort werden Alterskontrollen und Spielerschutz gewährleistet. Legale Anbieter dürfen keinen Wettbewerbsnachteil daraus haben, dass illegale Angebote sich diesen Kontrollen entziehen.